



## Informationen des Stadtverbandes

5-2021

### Kurswechsel in der Bremer Bildungspolitik: Von der Digitalisierung zur Empathie

Der DGB Bremen hebt in seiner Abschiedswürdigung die Kommunikationsintensität hervor, welche die Beziehung zur scheidenden Bildungssenatorin auszeichnete. Frau Bogedan habe: „immer mit uns (also dem DGB) den Dialog gesucht und Lösungen gefunden, auch wenn sie nicht allen gepasst haben“.

Beide Aussagen können wir (gemeint ist jetzt die GEW) bestätigen, wenn auch die Kontaktfreude der Senatorin zum Ende hin abflaute.

Kommunikation und Dialog haben wir allerdings nicht nur einfach so gesucht, sondern mit exklusiven Mitteln unterlegt, die beeindruckend zielgenau passend waren für die Bildungspolitik der vergangenen Jahre: Bunte Luftballons, die ohne Wiederkehr in den Himmel über dem Bundesland dahinfliegen, und Pappnasen, die wir nicht aufgesetzt haben wollten. Höflich in der Form, aber klar im Inhalt boten wir dem neuen Senat schon am ersten Arbeitstag vor dem Rathaus eine freundliche Interpretation zu unseren selbstgebastelten Sinnesorganen an, um das olfaktorische Potenzial auch zu nutzen: „5.000 mal einen guten Riecher“ wünschten wir dem Bürgermeister und der Senatorin.

Als es dann nicht so recht klappte mit dem Riecher, legten wir hinsichtlich der Anzahl der Demonstrierenden zu, unweigerlich auch bezüglich der damit verbundenen Lautstärke, tausende schrien ihr bei einer Notfallübung entgegen:

„**S-O-S Frau Bogedan**“. Das konnte niemand überhören, weder in Bremerhaven noch in Bremen.

Schon bei Übernahme der KMK-Präsidentschaft hatte die Senatorin insbesondere zwei zentrale Punkte für die thematische Arbeit in das Zentrum ihrer Bemühungen gestellt: Zum einen Bildung und Spracherwerb als ersten Schritt zu einer gelungenen Integration. Zum anderen die Digitalisierung, für die

eine umfassende Strategie, übergreifende Ziele und konkrete Verfahrensvorschläge versprochen wurden. Unbestritten in dieser Zeit entscheidende Aufgaben, nur unser Notruf war vielschichtiger.

Wie es im eigenen Bundesland aussah, schrieben die damaligen Landesvorstandssprecher der GEW Bremen gleich bei Dienstantritt extra in einem „Offenen Brief“, so dass die ganze Welt es lesen konnte. Die beiden Kollegen skizzierten den Qualitätsrahmen, in dem Integration und Digitalisierung vom Standpunkt ihrer Gewerkschaft umzusetzen seien, sprachen von inklusiver Bildungspolitik, von der Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern, der Einstellung von Pädagog:innen verschiedener Professionen, Arbeitsbedingungen, Ausbildungskapazitäten, der Gestaltung von Bildungsprozessen und nicht zuletzt von dem Ziel „Eine Schule für alle“ zu realisieren.

Das war der Einstieg in wohlgesetzten Worten, die Sprechchöre würden kommen, man ahnte es schnell, und zwar nicht grundlos. So ambitioniert eine Senatorin nämlich auch sein mag, sie benötigt die Rückendeckung der gesamten Senatsbank und der sie tragenden Parteien, nicht nur bei der Digitalisierung, sondern ebenfalls zur Ausgestaltung des Rahmens. So steht ihr Name in gewisser Weise auch stellvertretend für die Gesamtausrichtung der Politik der Regierung, der sie angehört.

Das kann man am Beispiel des Umgangs mit dem Thema „Arbeitsbelastung“ und der damit zusammenhängenden Arbeitszeit gut unterlegen.

Noch deutlich vor der Bürgerschaftswahl 2019 gab es „sondierende Gespräche“ zwischen Senatorin und GEW zu diesem Sachverhalt, einem der unbestritten herausragenden S-O-S-Elemente. Zu vermerken war ein beidseitig konstruktives Herangehen, die Komplexität des Gegenstandes zu erfassen und Ansatzpunkte für zukünftige Verbesserungen auszumachen.



## Informationen des Stadtverbandes

### 5-2021

Dann führte die Verteilung der Kreuze auf den Stimmzetteln besagter Landtagswahl zu langwierigen Koalitionsverhandlungen und einem Vertrag über die Führung der Regierungsgeschäfte in rot-grün-roter Farbgestaltung. Die für unser Anliegen bedeutende Passage lautet nun: Neben der Umsetzung von A13 für alle Grund- und Oberschullehrkräfte soll „darüber hinaus geprüft werden, wie durch weitere Veränderungen in den Arbeitsbedingungen und der Arbeitszeitgestaltung der Beruf des Lehrers ... attraktiv gehalten wird“.

Das entscheidende Verb ist „**prüfen**“ und es zeigt, dass der Notruf aus der Sicht der Koalitionäre nun doch nicht so ernst genommen werden muss, obwohl die Fakten hinlänglich bekannt sind:

- Die Aufgaben der Lehrkräfte werden in ihrer Vielfalt zwar beschrieben, aber nicht mit Ressourcen hinterlegt;
- der an mancher Stelle vorherrschende Mangel an Eindeutigkeit lässt die Grauzone niemals enden wollender erwarteter Arbeitsleistungen weiterhin steigen;
- die Formulierung, den Beruf attraktiv halten zu wollen, suggeriert eine falsche Annahme über den status quo, ansonsten hätten wir keinen Pädagog:innenmangel;
- die enge Betrachtung ausschließlich der Lehrkräfte an dieser Stelle ignoriert den derzeitigen Stand der Schulentwicklung: Lehrer:innentätigkeiten können nur im Zusammenhang mit anderen pädagogischen Fachkräften angemessen betrachtet werden.

Auf welchem Stand die angekündigte Prüfung sich derzeit, zwei Jahre später, befindet, kann man nur vermuten; allerdings ahnen wir nichts Gutes. Dabei werden wir regiert von einer Koalition, die

zumindest in ihrem Selbstverständnis zu den fortschrittlichsten der Republik gehört und gerade in Bildungsangelegenheiten ambitioniert auftritt. Aber, wir erinnern uns, schon Herr Böhrnsen hatte sich bei der Schippe ver hoben.

Nun schickt die stärkste der Regierungsparteien immerhin ihre Landesvorsitzende als Nachfolgerin ins Rennen. Sie setzt damit den bislang 76 Jahre wählenden Reigen sozialdemokratischer Bildungssenator:innen in der Aufstellung Paulmann, Dehnkamp, Thape, von Hassel, Franke, Scherf, Kahrs, Lemke, Jürgens-Pieper, Quante-Brandt und Bogedan fort.

Der amtierende Präsident des Senats hebt hervor, dass u.a. die ihr eigene „Empathie für die KITAS und für den Bildungsbereich“ Frau Aulepp zu einer sehr geeigneten Kandidatin mache.

Wir wollen keine falschen Gegensätze formulieren: Sowohl die Digitalisierung als auch Empathie sollten ihren Platz in der heutigen Schule haben. Was wir allerdings fordern, sind didaktisch abgeleitete Konzepte zur Digitalisierung und eine Empathie mit Konsequenzen zu Gunsten einer demokratischen und erkenntnisfördernden Bildungspolitik. Es geht um Qualität. Manchmal hilft dabei schlicht Sachkenntnis. Wir sind also bereit, auch der neuen Senatorin im Sinne der Landesverfassung beratend zur Seite zu stehen.

Die Rahmenbedingungen allerdings, wir schilderten es weiter oben, dürfen jedoch nie aus den Augen verloren werden. Auch damit müssen wir eine neue Senatorin konfrontieren. Die neuen Schilder sind in Arbeit. Bis zum Nachweis grundlegender Besserung gilt somit erst einmal:

**„S-O-S Frau Aulepp“!**